

Bezugspreise:
An Halle monatlich bei zweimonatlicher
Aufrechnung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mk., durch die Post monatlich
1,25 Mk., vierteljährlich 3,75 Mk.,
halbjährlich 7,50 Mk., jährlich 15,00 Mk.,
einmalige Zustellungsgebühren, Be-
stellungen werden von allen Reichs-
poststellen angenommen. Im
amtlich, Zeitungsergebnis unter
Einschaltung eingetragener, für
unsernzeitung eingetragener Manu-
skripte wird keine Gebühr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Erlaubnis der Redaktion. Halle, Nr. 1133
der halbjährigen Abtg. Nr. 1133
Nr. 1133 der halbjährigen Abtg. Nr. 1133

Abend-Ausgabe.

Volks-Zeitung

Funf und fünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:

Die 6 Spalten 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
fami lenanzeigen 40 Pf., Reklamen
die 62 mm breite Millimeterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle in amtliche
Anzeigenblätter. Erfüllungsort
Halle. Erscheint täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Erscheinung am Haupt-
geschäftsstelle Halle, Neue Bremer
maße 1a, Gr. Brauhausstr. 17.
Neben-Geschäftsstellen: Große
Mühlstraße 52 und Markt 24.
Postfach-Nr. Leipzig Nr. 4004.

Nr. 84.

Halle, Sonnabend den 19. Februar 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Handeln!

Vom
Abgeordneten Dr. Schreiber (Halle).

Im ganzen Volke verläuft sich immer mehr der
Eindruck, daß in den deutschen Parlamenten zu viel geredet
und zu wenig gehandelt wird. Niemand kann das leugnen.
In der Tat steht der deutsche Parlamentarismus nach den
Anderen. Die Revolution hat leider dort, wo sie hätte
kommen können, Halt gemacht, vor dem Parlamentarismus
und seinen Brüdern. Genau noch wie in alter Zeit, als
die Parteien nicht die Träger der Regierung waren und
die Abgeordneten sich auf die bequeme Rolle des Kritikers
und Verbesserers beschränken konnten, betätigt sich noch
heute die Mehrheit der Parlamentarier. Wir Jüngeren haben
von jeher darunter gelitten und wiederholt auf eine Reform
der parlamentarischen Verfassung des Reiches gedrungen.
In dem Freundeskreise haben wir es in dem von ihm
geleiteten Ausgange gelungen, durchzusetzen, daß wenigstens
dann im Plenum nicht geredet wurde, wenn die Parteien im
Ausgange einig waren. Die deutschdemokratische Fraktion des
Abgeordnetenhauses hat immer wieder auf eine Verklärung
der Reichsregierung gedrungen. Die Oppositionsparteien vor
rechten und links ließen sich aber davon nicht überzeugen,
daß in so schwierigen, anomalen Zeiten wie den unsrigen die Inter-
essen des Vaterlandes den agitatorischen Rededürfnissen
der Opposition voranzusetzen haben. Es wird im ganzen
Volke begrüßt und verstanden werden, daß die deutschdemo-
kratische Fraktion des Reichstages kürzlich bestimmt Vorschläge
gemacht hat, um der Reichsregierung im Plenum ein Ende
zu bereiten und damit die Volkserziehung voll wirksam
zu machen.

Auch insofern ist unser Parlamentarismus vollkommen
unfertig, als bei der Regierungsbildung nicht das Aktionspro-
gramm des Ministerpräsidenten in den Vordergrund gestellt
wird, für das er sich die nötigen Mitarbeiter und eine Mehr-
heit sucht, sondern daß man das Hauptgewicht darauf legt,
daß die Minister womöglich nach dem Verhältniswahlrecht aus
den Parteien ausgewählt werden, die zusammen im Parlament
eine Mehrheit haben. Die Folge davon ist, daß die Par-
teien der Mehrheit viel zu sehr mit den Handlungen des
Kabinetts identifiziert werden, und daß die Oppo-
sition sie für deren einzelne Mißgriffe verantwortlich machen
kann. Ein derartiges Verfahren ist auf die Dauer untragbar.
Es kommt im Grunde gar nicht darauf an, aus welchen
Parteien die Minister kommen, wenn sie nur ein praktisches
Programm haben, das sich sehen lassen kann und das eine
Mehrheit findet. Es muß daher kommen, daß gegebenenfalls
sämtliche Minister von einer Partei gestellt werden, wenn
diese Partei genügend tüchtige und geeignete Männer
besitzt und wenn diese ein Programm der Tat haben. Die
Zurückbildung der deutschen Dinge darf nicht durch kleine
Hinterwäldler der Parteien gehemmt werden.

Die sogenannten Programme der bisherigen Regierungen
sind nichts weiter als amtliche Deklamationen; sie zeigen
im besten Falle Ziele, ohne die Wege zu ihrer Erreichung
anzudeuten. Das kann uns nichts nützen. Sollen kann allein
die entscheidende Tat! Die leitenden Männer, die auf Grund
des Vertrauens ihres Volkes in diesen unendlich schwierigen
Zeiten die Geschäfte zu führen haben, müssen deshalb durch
die parlamentarischen Arbeiten weniger gehemmt und gehin-
dert werden. Die parlamentarische Kontrolle wird verhin-
dern, daß jemand über die sich nicht bewährte. In anoma-
len Zeiten bedürfen die Führer weicher Vollmachten. Das
entspricht demokratischer Politik, die gleichfalls im Vertrauen zu
den selbstgewählten Führern.

Von hier der Ausgang aus läßt sich nicht voraussagen,
weil nach dem Wahle die deutsche Regierung gebildet wird
nicht nur der Umgestaltung der Parteien zusammen ist das
Entscheidende, sondern das Programm, das die Regierung
bringt. Alle Parteien, ob rechts oder links oder in der Mitte,
die sich zu ihm bekennen, sollten an der Regierung beteiligt
werden.

Zur Aufklärung.

Morgen soll das Preußenvolk über seine Zukunft be-
stimmen. In jedes einzelnen Hand ist damit eine Ver-
antwortung gelegt, die es recht fertig, daß ein jeder vor
Abgabe seines Stimmzettels sich der schwerwiegenden Folgen
bewußt wird, die er infolge des freien Wahls dieses als
Mitträger der Staatsgewalt übernimmt. Nach der neuen
Reichs- und Preußenvfassung geht die Staatsge-
walt vom Volke aus; nicht mehr stehen über uns
„Gottes Gnaden-Kaiser“, die Gesamtheit des Volkes ist
vielmehr der Träger der Staatsgewalt: das Volk ist der
Souverän; alle Deutschen sind gleich.

Wer als ein Mensch erst erkläre sich mehr und
erhabener dünkt als seine Mitmenschen und die vom großen
Vollzogenen Fische vor 100 Jahren auch in Zeiten der
Niedrigung gepredigten Ideale der Gleichheit alles dessen,
was Menschenamtlich trägt, verläßt, und wer vollends
wider gar ein Mensch weiter und dritter Klasse werden
will, wie früher unter der Keitelpolitik eines „gutsherr-
lichen Barons“

der wähle deutschnational oder die
Deutsche Volkspartei!

Wer sich nicht recht glaubt, als Teil des Volkes selbst
Träger der Staatsgewalt zu sein, wer vielmehr über sich
einen „Gottes-Gnaden-Kaiser“ nötig zu haben glaubt,

wer mit anderen Worten wieder über sich eine Monarchie
haben will,

der wähle deutschnational oder die
Deutsche Volkspartei!

Wer die Rückkehr von 26 deutschen Fürsten-
häusern auf 26 deutsche Throne und Thronchen will und
damit den Zerfall des einigen Deutschlands
und Deutschlands Zerstückelung unterliegt und dem Volk-
wohl zum reinen Fürsteninteresse vertritt,
der wähle deutschnational oder die
Deutsche Volkspartei!

Wer wiederum 26 deutsche Zivilisten als Ent-
schädigung für die „regieren“ Tätigkeit der deutschen
Fürstnhäuser mit ihren Hunderten von Familienange-
hörigen standesgemäß und mit allen Steuer-, Porto- und
sonstigen Standesprivilegien ernähren will,
der wähle deutschnational oder die
Deutsche Volkspartei!

Wer einen neuen Krieg will, wer eine aber-
mahlige Hungerkatastrophe an eigenen Leibe ausfallen
lassen und sich selbst mit den Broden, welche von den
Großkürzen der Großagrarien dem „Volke“ zu Wucher-
preisen großmütig abgeben werden,

der wähle deutschnational oder die
Deutsche Volkspartei!

Wer entsprechend der im Reichstage gefallenen Worte
des „großen Vorkämpfers“ der Deutschnationalen Partei,
des Herrn Oldenburg-Janssen: „Vox populi — Vox
Rindvieh“ sich zum Rindvieh rechnet,
der wähle deutschnational!

Wer den Großagrariern hohe Lebens-
mittelpreise bezahlen will, und in Zukunft die Ein-
führung billigen Brotgetreides aus dem Ausland und die Ein-
führung der amerikanischen Maiskörner verhindern will aus
Furcht, daß dadurch das Vieh billiger werden könnte,
der wähle deutschnational oder die
Deutsche Volkspartei!

Wer schließlich als Vaterlandsverräter in
dieser außerordentlich schweren Zeit auf den Staats-
umkehr zurücktritt und die Republik und damit das
deutsche Volk als höchsten Souverän nicht an-
erkennen will,

der wähle deutschnational oder die
Deutsche Volkspartei!

Wer schließlich nicht dem Staate geben will,
was des Staates ist, sondern seine Kapitalien ent-
sprechend großen Vorbildern ins Ausland verfrachtet, und
wer am Vorkämpfer des schwer gestrieten Vaterlandes
nicht mitarbeiten will, sondern wiederum wie viel, und erste
seiner Fürsten es in der Not verlassen will, um im Aus-
lande ohne Entbehrungen zu leben,

der wähle die Parteien, die nicht Volkes,
sondern Fürsteninteressen vertreten,
der wähle deutschnational oder die
Deutsche Volkspartei!

Wer aber den Traum aller deutschen Männer und
Frauen träumt, wer die Vereinigung aller Deutschen und
Deutsch-Osterröcher unter der alten Freiheitsfahne von
1848 mit den alten Fürstenthümern-Garben schwarz-rot-
gold ersehnt, und dafür um dieses großdeutschen Gedan-
kens willen die Farben schwarz-weiß-rot, für die
er im Felde mit Ehren gekämpft und gelitten, einstweilen
nur um so fester im Herzen trägt im Glauben an eine
bessere großdeutsche Zukunft,

der wähle die einzige bürgerliche Partei
der Deutschen Republik,

der wähle die Partei, die an Stelle der alten Deute-
von Fürstengnade und Knechtsgelohn die innere
Freiheit und den Fortschritt des Menschen-
tums auf ihre Fahnen führt,

der wähle deutschdemokratisch.

Hausmann über den 9. November 1919.

Der demokratische Wp. Contab Hausmann hat in einer
Versammlung in Nordhagen den Zusammenbruch aus
eigener Erfahrung wie folgt geschildert: Anstatt schon im
Sommer 1918 die Folgen aus der militärischen Lage
zu ziehen, drängte die Heeresleitung die Regierung erst im
Oktober, bei Amerika um letzten Waffenstillstand nach-
zufragen. hätte der Monarch erkannt, daß nach einem solchen
unvermeidlichen Scheiteln, wie bei der ersten Entscheidung
zu tragen hatte, nur sein Rücktritt möglich war,
so wäre die Donaukette vielleicht zu retten gewesen. Statt dessen
ging die Zeit mit Zweifel und Schwanken hin, bis am
9. November der Kaiser mittags erklären ließ, daß er als
Kaiser (nicht als König von Preußen) zurücktrete. Am
Nachmittag, ehe die Revolution ausbrach, erfuhr man, daß
der Kaiser mit seinem Sohn ins Ausland geflohen war. Ein
rechtsmöglicher Nachfolger war demnach nicht in Deutschland.
Es gab keine Regierungsgewalt mehr in Deutschland, und
das erklärte uns die ungedeutete Erklärung, daß die alte

Staatsform eigentlich sich selber abgelöst hat und daß keiner
sich für sie angelehnt hat, weder das Meer noch das Bürger-
tum. Die Sozialdemokraten nahen allen, die am Ent-
wicklung in politischen Bahnen zu halten. Die Demokratie
hat sich in selbstloser Weise bemüht, zu leisten, was über-
haupt noch zu leisten war. Natürlich wenn ein Erbe
eingetreten ist, so lang lange hinterher Erbsünde zu sühnen.
Über nicht die Erbsünde sind an der sich zeigenden Zerstörung
schuld, sondern das Erbe.

Eine Wahlfrage des „Vorwärts“. Der „Vorwärts“ be-
hauptet, daß die bürgerlichen Parteien das Mitbestimmungs-
recht des arbeitenden Volkes, die Steuern auf Volk, das
gleiche Recht der Frauen, die Republik, das Konstitutionsrecht
und das gleiche Wahlrecht nicht zurückgeben wollen. Der „Vor-
wärts“ weiß genau, daß seine Behauptungen für die Demo-
kraten nicht zutreffen, er magt sich also einer bewußten Un-
wahrheit schuldig.

Ein Luftkühler gegen Petersen.

Unter der lobenswürdigen Signatur „Der Führer der
Demokraten entlehnt Kuppelungen Ludendorff“ wendet sich
die parteiunabhängige Korrespondenz der Deutschnationalen
Partei, daß Petersen in einer Rede in Tilsit gelangt habe:
„Daß sich Ludendorff unter Eid ausgesagt hat, daß er
Ende 1918 den Krieg für verloren hielt, daß es also keine
Möglichkeit mehr gab, den Krieg militärisch zu gewinnen.“
Im hienotographischen Bericht des Untersuchungsaußen-
büros habe geschrieben, daß: „Ende 1918 die Lage so gewesen sei,
daß man zu Lande allein nicht auf einen Sieg rechnen
konnte.“ Wir können einen nennenswerten Unterschied nicht
entdecken. Die Kriegslage war so, daß Anfang 1918 fallen-
kam, Ende 1918 Ludendorff der Überzeugung war, daß
der Krieg zu Lande nicht mehr gewonnen werden konnte,
daß nach der Seelacht vom Skagerrak am 30. Mai es sich
herausgestellt habe, daß auch zur See nicht einmal die eng-
lische Blockade zu brechen war. Es blieb nur der unange-
sicherte U-Bootkrieg, vor dem Helfrieder vergebens warnte.
Allerdings ein anderer deutschnationaler Führer, Serg,
meinte, die Amerikaner könnten weder schwimmen noch
fliegen, sie würden also nicht kommen. Die letzte Karte, die
ausgespielt war, ist nicht und brachte die Katastrophe.
Wenn diese letzte Karte die einzige war, die Aussicht auf
Erfolg versprach, so hat Petersen recht, wenn er sagte, daß der
Krieg 1918 militärisch verloren war.

Die englischen Arbeiter gegen das Pariser Diktat.

London, 18. Febr. Der Pariser Ausschuss des Ge-
werkschafts Kongresses und der Vollzugsausschuss der Arbeiter-
partei haben ein gemeinsames Manifest veröffentlicht, in dem
zugleich mit der Erklärung, daß die von Deutschland gefor-
derte Entschädigung nicht gezahlt werden könne, auf eine
normale Erziehung des Vertrages der deutschen Entschä-
digung im Interesse der Arbeiter des In- und Auslandes an-
gedrungen wird. Das Manifest erklärt, die Bedingungen des
Vertrages seien die Hauptursache der augenblicklichen
Krisenverhältnisse, da sie die wirtschaftliche Erholung
der ruinierter Länder und die Wiederherstellung ihrer Kauf-
kraft behinderten. Der von Deutschland geforderte riesige
Zahlung werde die Fähigkeit des deutschen Volkes, englische
Waren zu verkaufen, noch weiter vermindern. Die Ent-
schädigung könne nur in Ausfuhr bezahlt werden, während
Deutschland 42 Jahre lang nur unbedeutend notwendige Lebens-
bedürfnisse im Ausland kaufen dürfe. Dies bedeute, daß
der englische Markt in Deutschland nicht wiederhergestellt
werden könne, was zu einer Fortdauer des Handelskrieges
führe. Der Verlust des Wertes des Handels mit Deutschland
und Vorkriegsstände allein lösen, um die augenblickliche
Not in England zu erklären. Das Manifest erklärt, Deutsch-
land könne und solle die tatsächlich angestrebten Verhältnisse
wieder gutmachen, die Rechnung sei jedoch geliegen durch An-
erkennung von Pensionen und Vergütungen, die unvereinbar
seien mit den vor dem Abschluß des Waffenstillstandes ge-
stellten Bedingungen. Zum Schluß fordert das Manifest
nicht nur eine neue Erwägung der Entschädigungsordnung,
sondern auch eine Veränderung des gesamten Verhältnisses der
Mächten gegen Mittel- und Ost-Europa.

Das Manifest der britischen Arbeiter gegen die Pariser
Wahlbedingungen ist ein sehr wichtiges Dokument, weil
hier zum ersten Male Deutschland ganz eindeutig von
englischen Standpunkten aus als Konjunktur gesehen wird.
Die „Times“ haben gegen das Manifest und reden wieder
etwas von „deutschen Agenten“. Aber das beweist nur, daß
die britischen Arbeiter ins Schwarze getroffen haben. Denn
aus der Annahme, daß das Pariser Programm einen eng-
lischen Sieg darstellt, ist ja in Wahrheit nicht zutreffend.
Gewiß der kurzfristige britische Imperialismus hat in ihm
gelebt. Aber Deutschland ist eben nicht nur Kontinent,
sondern auch Konjunktur Englands, und die englischen Ar-
beiter sehen mit Recht in der nachdringlichen Arbeitslosigkeit
ihres eigenen Landes die Folge jener Politik, die Deutsch-
land als Wirtschaftswunderland einstig herbeigeführt hat. Die
deutsche Kaufkraft brachte die englische Arbeitslosigkeit
zum mildern, und die ganze Welt hätte überhaupt anders
sehen, wenn die Leiter der Entschädigung sich endlich einmal
von der Barmark leisten lassen. Dazu ist aber vor allem
Dingen eines erforderlich, was in dem Manifest der englischen
Arbeiter ausgedrückt wird. Die ungelösten Forderungen der
Pariser Diktatgeber sind unvereinbar mit den vor dem Ab-
schluß des Waffenstillstandes gestellten Bedingungen. Der

Alle Wähler!

Wir brauchen in den Parlamenten Männer, die eine eigene Meinung haben, Entschlossenheit und Tatkraft besitzen. Darum bitten wir alle Wähler, sich von der Parteischablone frei zu machen und ihre Stimmen zu vereinen auf die

Liste Dr. Schreiber — Geibel — Dr. Keil

Dr. Margarete Ahrenholz, Kertzin; Dr. Rubin, Universitäts-Professor; Bär, Handelschuldirektor; Frau Margarete Bennemig; Marie-Bischoff, Lehrerin; Brinkmann, Hauptlehrer und Stadtordeener; Dr. Böhring, Student; Frau Volte Ehlers; Girdogen, Student; Dr. jur. Frey, Staatsanwalt a. D.; Direktor der Juna-Gewerkschaften; Dr. Felscheisen-Röder, Universitäts-Professor; Dr. Giesing, Student; Dr. Agnes Gofse, Direktorin der Städtischen Frauenschule; Dr. Grünfeld, Bevollmächtigter; Hermann Hasse, Rektor; Hade, Student; Otto Hehl, Lehrer; Wolfgang Herzfeld, Jurist; Hoß, Student; Stadtordeener; Geh. Justizrat Dr. Hübner, Universitäts-Professor; Dr. Karsten, Universitäts-Professor, Direktor des Botanischen Gartens; Dr. Köcher, Student; Geh. Reg. Rat Dr. W. Müller, Universitäts-Professor; Wanner, Oberingenieur und Stadtordeener; Frau Katharine Herlich; Altmann, Lehrer und Stadtordeener; Frau E. In Bringsheim; Redeloh, Rechnungsrat a. D.; Eaucp, Rektor; Dr. Schloß, prakt. Arzt; Frau Mathilde Schmidt-Hann; Frau Gertrud Schubarh; Dr. Schwoer, Versicherungs-Mathematiker; Starke, Institut-Vorleser; Dr. Em. Stalshy, Sanitätsrat; Wolhard, Dipl.-Ingenieur; Wiker, Mittelschullehrer; Dr. Wenzlau, Student.

Friedensvertrag ist ein Völkerverbruch gegenüber der Zersetzungs-Akte vom 9. November. Das ausgesprochen zu haben, ist der wertvollste Teil des Manifestes der britischen Arbeiter.

Die Sachverständigenkonferenz in Berlin.

Im Reichsministerium des Äußeren begann am Freitag vormittag die Sachverständigenkonferenz zur Beratung der Pariser Noten und zur Aufstellung der deutschen Gegenanschläge. Den Vorsitz führt Direktor Krause, Mitglied des Reichswirtschaftsrates. Ferner nehmen teil: Geheimrat Dr. Dittsburg, von den Sachverständigen in Rußland; Geheimrat Dr. Wieders von der Russen-Gesellschaft; Peter Ködner, der Präsident des Reichswirtschaftsrates; Ober von Braun, Generaldirektor Böglers, Dr. Walter Rathenau, Dr. Karl Reichler (Samburg), Dr. von Staß, Direktor der Deutschen Bank, Hugo Stinnes, der Präsident der Reichsbank; Generaldirektor des Kohleninstituts Lübben, der Generaldirektor der Hapag Cuno, Geheimrat Hilger von der Zahnfabrik, ferner St. Belsch mit von den freien Gewerkschaften und Baurück von den Christlichen Gewerkschaften. Verschiede hatten Vertreter erstand die Reichsministerien des Äußeren, der Finanzen, des Wiedererbaues und der Reichswirtschaft. Den letzten Beratungen ist am Donnerstag eine Beratung des vorbereitenden Unterausschusses vorangegangen, in der das in den letzten Tagen von den beteiligten Persönlichkeiten und von einer großen Reihe von Wirtschaftstreibern eingehendste Material gesichtet wurde. Die Beratungen der Sachverständigenkommissionen dürften sich wahrscheinlich bis Mitte nächster Woche hinziehen. Die Verhandlungen werden vertraulich sein.

Polen und Danzig.

Am Donnerstag wurden die Verhandlungen zwischen Polen und der freien Stadt Danzig durch eine Beerdigungsfeier in Warschau eingeleitet, wobei der Vorsitz über den politischen Abordnung, Senator Pufinski, im Namen seiner Regierung erklärte, daß die Unterfertigung sich auf politische, wirtschaftliche und Verkehrsfragen erstrecken würden. Das Ziel sei, im Gebiet Danzig alle diese

Frage denart zu regeln, daß Polen freien Zugang zum Meer bekomme und ihm die Eröffnung der Schifffahrt auf allen Meeren ermöglicht werde. Der Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Unterhandlungen in Kürze zu einem Abkommen führen würden, das als Grundlage für die Wahrung der beiderseitigen Interessen und des gegenseitigen Vertrauens dienen könnte. In seiner Antwort dankt Jewlonsky dem polnischen Redner für seine Erklärung und erklärte gleichzeitig die Zustimmung der Reichsregierung zu den Bedingungen des vorgeschlagenen Abkommens. Die Ausschüsse werden drei Tage in Warschau tagen.

Aus der demokratischen Bewegung.

Hohenhausen. (Eine demokratische Wählerversammlung) war für Freitagabend in den Rathensaal einberufen worden und fand eine weitläufige öffentliche Versammlung als alle anderen Parteiveranstaltungen in diesem Jahre. Kantor Wende eröffnete die Versammlung gegen 7 Uhr mit einer kurzen Ansprache, in welcher er auf die Bedeutung des Großplatzes am kommenden Sonntag hinwies. Der Hauptredner des Abends, Hauptgeschäftsführer Jacob Margella aus Halle, sprach darauf in packender volkstümlicher Weise über das Thema „Demokratie und Vaterland“. Er ging aus von der Tatsache, daß angesichts des sichtbaren Parier Diktats der Vorhänge der Demokratischen Partei zur Schonung der anderen Parteien im Wahlkampf mit Rücksicht auf die Einheitspartei des gesamten Volkes aufgefordert, daß aber die Rechtsparteien in mühevoller Weise gegen die Demokratie losgingen. Der eigentliche Kern des Vortrags gegen die Demokratie sei der Haß gegen den freien Volkswahl, der endgültig aufreime mit dem Staatsgebanke des Obrigkeitsstaates, der kein freies Volk mit absolutem Selbstbestimmungsrecht, sondern nur willige Untertanen unter die Vormundschaft einer sich als herrschende Oberschicht fühlenden Volksherrschaft zwingen und mit Hilfe einer willigen oder willenlos gemachten Untertanenschaft in den Sonderinteressen einer Minorität zum Sieg verhelfen wolle. Redner kennzeichnet mit knappen klaren Worten die Demokratische Volkspartei als das Sammelbecken aller der Elemente, die als Führerschaften unter Volk im Kriege an den Rand des Abgrundes gedrängt haben und die bei dem Zusammenbruch verlorene Macht nun aus der Hand des mit allen Mitteln irreführenden Volkes zurückhaben wollen, um nachher auf das „leuerrdeine“ Volk wieder als auf die Straße verfassungsnoll und gerechtfähig herabzulassen. Die Deutsche Volkspartei

sei die Partei des Großkapitalismus, die durch den von Stinnes propagierten verfallenen Wirtschaftsaufbau alle Volksschichten, vom Großkapital abhängig mache und der Proletarisierungstheorie der Sozialdemokratie neue Anhänger schaffe. Auch diese Partei brauche den Völkerrückstand mit seinen Machtmitteln der Gewalt, um den bei der Durchführung der Stinnes-Ideen unausbleiblichen Widerstand der Arbeiterkraft zu unterdrücken. Unter solchen Gesichtspunkten können die Rechtsparteien gar keine erheblichen Forderungen des Mittelstandes und des niederen Proletariats aufzunehmen. Auf die sozialistischen und kommunistischen Theorien eingehend, betonte der Redner, daß diese wohl einem hohen Menschheitsziel nachstrebten und dadurch die Massen anlocken, daß die Klassenkampftheorie der Antipartei aber mit diesen Menschheitsidealen in direktem Widerspruch stehe. Die Arbeiterkraft, in der hope, noch nicht geborene soziale und kulturelle Werte schämen und nach Erschließung drängen, sollte sich dieses Widerstandes doch endlich bewußt werden und erkennen, daß sie durch den Klassenkampf, der breite Volksschichten als Feinde betrachte, ihren Zielen nicht näher kommen können. Auch ihnen könne nur die Demokratie helfen, die durch den anerkannten Mehrheitsentscheid der guten Elemente des ganzen Volkes den Weg nach Aufwärts bestimmen wolle. Leider lasse sich das deutsche Volk in einer geradezu erschreckenden politischen Dummheit noch immer von den Wahlführern der Rechts- und Antiparteien einfangen und erkennen noch immer nicht, was es in der Verfassung des freien deutschen Volksstaates für ein Schutz und Wohlfühl zu erlangen in sich geschaffen habe. Der freie Volksstaat ist die höchste Form der Volksgemeinschaft, denn er lenne seine Untertanen, seine gottgewollten Abhängigkeiten, sondern nur durchaus freie Menschen, die ihre Rechte zu Führern des Volkes bestimmen können. Man sehe vielleicht noch nicht die Seiten in der Führung stehen, so liege das allein daran, daß das Mehrheitsvotum des Volksstaates durch die Schuld oder Torheit des Volkes selbst noch nicht breit genug sei. Die Demokratie verleihe nichts, beläge und betrüge das Volk nicht, denn sie will nur den Mehrheitswillen des Volkes zur Geltung bringen, der aus sich selbst heraus Ziel und Richtung bestimmen kann. Der demokratische Volksstaat hat uns die Erfüllung der Sehnsucht der alten Vorkämpfer für die deutsche Einheit gebracht. Wir sind heute, wenn wir nur wollen, auf dem gegebenen Boden ein einiges, festes, großes deutsches Volk, das nicht mehr durch den Partikularismus der Rürken auseinandergerissen wer-

Unterhaltungsbeilage der „Saale-Zeitung“, Sonntag, den 20. Februar. Inhalt: Flammen, Roman von Hans Schulze. — Heubalken, Gedicht von Schellenmori. — Die alte Kärntin. Von Maria Siona. — Zur Entstehungsgeschichte des demokratischen Gedankens. — Gelpert, Kasperl und Theater. — Rästel.

Der musikalische Nachbar.

Von Richard Klug. (Nachdruck verboten.) Familie Birkbichler hatte einen musikalischen Nachbarn. Tagaus, tagen spielte der. Und immer dasselbe Stück, immer die „Kaiserin am Elterngard“. Er spielte es auf dem Klavier, mit einem bis zehn Fingern, einhändig, zweihändig, bisweilen piffte er es auch. Und hätte er eine Banke besessen, er würde es hier auch geblasen haben. So ein musikalischer Nachbar hatte die Familie Birkbichler. Vater Birkbichler konnte einen Fisch, der mit jedem Tage länger wurde. Mutter Birkbichler glaube an jedem Tage, sie überlebe es nicht. Tochter Birkbichler wachte nun, warum sie keinen Mann bekomme. (Sollen Sie mal um die Hand einer Tochter an, wenn andauernd so traurige Musikstücke zu hören sind...) Sohn Birkbichler aber war damit zufrieden. Denn nun konnte der Vater sich nicht mehr wundern, daß er das „Ziel der Kaiserin“ noch immer nicht erreicht hatte. Toni jedoch, der Papagei, hatte den Fisch des Vaters und die Zofen der Mutter, die Wäsche der Tochter und das Großvater des Sohnes in sich aufgenommen. Und er bemalte das. Es war somit auch nicht angenehm, Birkbichlers Nachbar zu sein. Inzwischen, es kommt noch, daß musikalische Werke ihre Miere nicht zahlen können. Und es ist ein Segen, daß es auch hartigere Hausfrauen gibt. Leider hatte es drei Jahre gedauert, bis es im Hause Birkbichler so weit war. Endlich aber jetzt er, endlich nämlich mußte er ziehen! Zum ersten Male wieder hielt Vater Birkbichler seinen

Mittagsstisch, und sein Fisch verzehrte seine sonst so gottesfürchtigen Eltern. Zum ersten Male wieder hätte die Frau Birkbichler, den heutigen Tag zu überleben. Geradezu jugendlich war Fräulein Birkbichlers Miene, und der Gymnasial-Direktor sah ungestört über der lateinischen Grammatik. Da... da... erbinde plöglich von der Erde her eine Stimme, und ohne jeden Wohlklang war zu vernehmen: „Den schönsten Tag, den ich auf Erden hab“, „Das ist die Kaiserin am Elterngard...“ „Toni, der Papagei, sperre den Schnaakel auf und sang... und sang... Er sang es tagaus, tagen... unaufhörlich. Und wenn man ihn nicht einreden hat, dann singt er's heute noch.“

Von den Schauspielern des hallischen Stadttheaters

Der Obmann des Ortsverbandes Halle der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger schreibt uns: Der hiesige Theatersektor, Herr Stadtrat Fischer, hat in der „Deutschen Bühne“ einen Auftrag über die draubende Schließung deutscher Theater gegeben. Stadtrat Fischer sieht das Heil der deutschen Theater in der Einschränkung des Sagenetats, da dieser absolut und relativ die meisten Mittel erfordert. Der monatliche Sagenetat für das künstlerisch darstellende Sagenetatspersonal — Oper, Operette, Schauspiel — beträgt ca. 50 000 Mark, während der technische Betriebsapparat ca. 30 000 Mark beträgt. Der Sagenetat beträgt 29 000 Mark, der des Ercheiners ca. 43—44 000 Mark. Wie man da den Sagenetat des künstlerischen Personals einsparen will, ist unverständlich, da die Mindestgehälter für ca. 1000 Mark, für Chor 900 Mark, für Orchester 840 Mark (Durchschnitt) pro Monat beträgt. Es gehört beinahe ein französischer Idealismus und eine Opferwilligkeit dazu, die nicht zu überleben ist, mit derzeitigen Gehältern das Leben weiter zu führen. Ferner ist Herr Stadtrat Fischer der Ansicht, daß die Bühnengehörigen viel Zeit und Gelegenheit zu Reden erwerb haben. Diese Behauptung ist so theaterfremd, wien-

stens was das Sagenetatspersonal betrifft, daß wir unsere größte Bemüherung nicht unterdrücken können. Das darstellende Personal steht 4—5 Stunden vormittags auf der Probe. Die Vorbereitung nimmt wieder beinahe vier Stunden (Ankleiden und Auskleiden) in Anspruch, und nun die Hauptarbeit, das Sagenen. Für alle Bühnengehörigen ist die schätzbare Arbeitszeit festgesetzt, nur für den Bühnensänger nicht. Orchester und Chor haben einen freien Tag in der Woche, ebenso die technischen Angestellten und Arbeiter. Der Bühnensänger in seinem Idealismus weiß, daß er aus künstlerischen und wirtschaftlichen Gründen darauf verzichten muß. Das Schauspielpersonal wirt einen Tag um den anderen an den Vorstellungen der Volksbühne mit ohne jede Entschädigung. Viele Theaterbesucher glauben, die Bühnengehörigen seien ein Nebenberuf der Künstler, dem ich jedoch nicht zu. Wir bringen an Arbeit und künstlerischer Schaffensfreude jedes nur mögliche Opfer und haben aus Idealismus unsere Forderungen zu niedrig gehalten, eben um das deutsche Kulturtheater unserem Völk zu erhalten.

Hebrügend existiert kein deutsches Theater im Range Halle, das mit einem 1/2-3/4 Millionen-Jahreslohn arbeitet. Dortmund, Gagen, Leipzig, von den größeren Städten und Staatstheatern gar nicht zu reden, zahlen mehrere Millionen.

Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger, Ortsverband Halle a. S., Stadttheater. J. M. Der Obmann F.

Ehrenvolle Anträge für Privatdozent Mittelis.

Wie wir hören, ist dem Bevollmächtigten an der Universität Halle, Dr. jur. Heinrich Mittelis, der vor einiger Zeit einen Ruf auf den Lehrstuhl für deutsche Rechtsgeschichte, deutsches Privatrecht, deutsches bürgerliches Recht und Handelsrecht an die Universität Frankfurt als Nachfolger von Prof. F. Wenzel erhalten hat, zugleich ein Verzicht an der Universität Köln angeboten worden. Dr. Mittelis, der seit dem Sommersemester 1920 mit der Abhaltung von Vorlesungen in Köln beauftragt ist, ist ein geborener Preger. Er wurde 1912 Referendar, promoviert in Leipzig, nahm am Kriege teil und habilitierte sich 1919 in der Halleischen rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät. Dr. Mittelis gehört zugleich dem Lehrkörper des Polytechnums zu Coblen als Dozent an.